

Zuzug wird die Stadt verändern

OB Mädge: Integration passiert nicht von alleine

Hunderte Flüchtlinge suchen Zuflucht in Lüneburg. Da wächst Willkommenskultur, aber auch Furcht und Angst bei Bürgern. Die LZ hat Oberbürgermeister Ulrich Mädge gebeten, zu erklären, wie die Stadt mit diesem Spannungsfeld umgeht.

„Wir dürfen nicht den Fehler der 1990er-Jahre wiederholen und meinen, das ruckelt sich alles schon von alleine zurecht. Integration passiert nicht von allein, und man kann sie auch nicht verordnen. Alle Beteiligten müssen aufeinander zugehen. Kinder in Kitas und Grundschulen tun das ganz selbstverständlich. Aber wenn wir wollen, dass möglichst Menschen aller Schichten und Herkunft gute Abschlüsse auf guten weiterführenden Schulen machen, dass sie Ausbildungen und Studien erfolgreich abschließen und ihren Platz im Berufsleben finden, unabhängig von Nachnamen oder Hautfarbe, dann müssen wir hier investieren: in viel mehr Sprachförderung, in Integrationskurse, in Ausbildungs- und Berufsqualifizierungsprojekte, in Wohnungen – kurz: in vielerlei Brücken, die den Übergang von der Herkunftswelt in unsere Schul- und Arbeitswelt erleichtern. Das alles kostet eine Menge Geld und Engagement der Bürgerschaft, das muss man sehen. Wir müssen bereit sein, das zu leisten. Wir alle können die Veränderungen beeinflussen, indem wir auf die Menschen zugehen, die nach Lüneburg kommen, indem wir sie in Vereinen, im Sport, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in den Schulen einbinden.“

Kommunalpolitiker, die ich kenne, blicken nach Frankreich und haben Sorge, ob und wie wir es anders hinbekommen. Ich möchte nicht, dass Einwanderer nur in bestimmten Stadtvierteln, Vorstädten und Ballungsräumen wohnen. Ich möchte nicht, dass Menschen fremder Herkunft, selbst in der zweiten, dritten Generation noch erleben, dass sie trotz aller Integrationsversprechen mehr oder weniger chancenlos sind auf dem Arbeitsmarkt. Ich möchte nicht, dass Menschen abgestempelt werden wegen ihres Namens, ihres Wohnorts, ihrer Religion oder Hautfarbe und sich ihre Resignation irgendwann in brennender Wut entlädt. Niemand will in Lüneburg französische Verhältnisse.

Um das weitestgehend zu beeinflussen, müssen wir aber Integration ganz anders angehen als bisher. Ich weiß nicht, wie oft ich in den letzten zwei Jahren in Hannover und in Berlin argumentiert habe, dass wir uns auf größere Zuzugszahlen einrichten müssen, dass die Mittel nicht ausreichen, dass es nicht mit einer Unterkunft getan ist, sondern dass wir Sprachförderung, Sozialarbeit und vor allem ausreichend Geld brauchen, um als Städte diese Herausforderung zu stemmen. Ich weiß aber, wie oft ich gegen eine Wand geredet habe und so mancher zugesagte heiße finanzielle Tropfen noch in der Luft verdampft ist, ehe er hier helfen konnte. Nun ist ausreichend Geld von Bund und Land bewilligt, es scheint auch

unterwegs zu sein. Aber in der Umsetzung kommen wir kaum hinterher, weil wir viel Reaktionszeit vergeudet haben.

Wir haben aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation seit Monaten einen enormen Kraft- und Arbeitsaufwand quer durch die Verwaltung, im Sozialbereich sind zurzeit sogar 80 Prozent unserer Kapazitäten gebunden.

Es ist aber auch klar, dass dieses kein Dauerzustand sein kann. Eine Weile kann man andere Bedürfnisse zurückstellen. Und viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich in diesen Zeiten sicherlich einmal mehr, wie schwerwiegend der vermeintliche kleine Mangel vor der Haustür tatsächlich wiegt angesichts von Nachbarn, denen Erschöpfung und Verzweiflung im Gesicht stehen.

Aber berechnete Anliegen und Vorhaben können auch nicht dauerhaft zurückgestellt werden, sonst funktioniert

Stadtgesellschaft auf die Dauer nicht mehr.

Der Zuzug von Flüchtlingen in der jetzigen Größenordnung wird unsere Stadt verändern. Der Zuzug von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg, der von Aussiedlern Ende

des vergangenen Jahrhunderts hat das übrigens auch getan. Veränderungen können Angst machen. Manchmal zu Recht, manchmal zu Unrecht. Wir sollten uns in Lüneburg die Offenheit bewahren, über diese Ängste zu sprechen – ohne in Hetze zu verfallen.

Klar ist auch: In Deutschland gibt es rechtliche Regeln und kulturelle Werte des Zusammenlebens und des gegenseitigen Respekts. Wir erwarten, dass sie auch von den Neubürgern eingehalten werden.

Ich kann verstehen, wenn Menschen Bedenken und Ängste haben, wenn geordnete Verfahren außer Kraft gesetzt scheinen. Sie geben ja ein Stück Sicherheit. Ich nehme solche Sorgen der Lüneburgerinnen und Lüneburger auf. Sie wünschen sich Transparenz, Verlässlichkeit und Unterstützung. Ich bin hier als Oberbürgermeister immer ansprechbar.

Was ändert sich in unserer, eher von den christlichen Traditionen geprägten Kultur, wenn Muslime in so großer Zahl ins Land kommen und hier bleiben werden? Vielleicht werden wir unsere eigenen Standpunkte dadurch besser kennenlernen, indem wir offensiver die christliche, humanistische oder atheistische Grundhaltung vertreten. Als Christ sehe ich jedenfalls zunächst die Pflicht der Nächstenliebe, Menschen in Not zu helfen. Der christliche Glaube kann mir aber ebenso wie die sozialdemokratische Überzeugung helfen, auf Menschen aus anderen Kulturkreisen offen zuzugehen und mit ihnen in den Dialog über Regeln, Vorstellungen und Ideale zu gehen. Diesen Dialog erwarte ich auch umgekehrt. Wie sagte gestern in Oedeme ein Bürger: Wir haben keinen Einfluss darauf, welche Menschen zu uns kommen. Aber wir haben Einfluss darauf, wie wir den Menschen begegnen. Oberbürgermeister

Ulrich Mädge

